



**Christine Vogler**  
Präsidentin des Deutschen Pflegerats

## Editorial

### Mehr im Jahr 2022!

Was hat das Jahr 2021 der Profession Pflege gebracht? Bessere Arbeitsbedingungen, mehr Gehalt, mehr Kolleginnen und Kollegen, mehr Zufriedenheit?! Liest man die in diesem Jahr geschriebenen Papiere, folgt der verabschiedeten Gesetzgebung, hört man die Reden vieler Politiker, dann war das Jahr von enormen Verbesserungen für die Profession geprägt. Auf den Weg gebracht wurden die Personalbemessung – geplant im Krankenhaus, terminiert in der vollstationären Langzeitpflege –, das Tarifreuegesetz in der Langzeitpflege und viele andere wichtige Themen.

Doch was ist von all dem umgesetzt? Was ist tatsächlich angekommen bei der Profession Pflege? Deutschland ist nach wie vor gefangen in den Zwängen alter Strukturen und viel zu viel Bürokratie. Alles dauert. Es wird politisch nicht verstanden, dass die alten Instrumente nicht mehr wirken. Ein neues Denken wird benötigt, ein schnelleres Denken. Aber vor allem eine schnellere und richtige Umsetzung der Dinge, die tatsächlich etwas bewirken.

Die Weihnachtszeit und der Beginn eines neuen Jahres sind besonders mit Hoffnung verbunden. Hoffnung auf eine bessere Zukunft der Profession Pflege, in der diese mit ihren Bedürfnissen und Sorgen endlich einmal richtig verstanden wird. Wir brauchen Applaus, aber vor allem auch Taten für bessere Arbeitsbedingungen!

Jede neue Regierung startet mit einem Vertrauensbonus. Rechtfertigen Sie diesen! Setzen Sie sich ein für die Profession Pflege. Schnell und nachhaltig. Bevor die Pflege in Deutschland die Versorgung der Pflegebedürftigen weder qualitativ noch quantitativ erfüllen kann.

**Christine Vogler**  
Präsidentin des Deutschen Pflegerats

**Deutscher Pflegerat e.V.**  
Bundesarbeitsgemeinschaft  
Pflege- und Hebammenwesen

In Kooperation mit

**Heilberufe**  
*Pflege einfach machen.*

## IM FOKUS

### Unzumutbare Situation für Studierende

„Wir brauchen dringend eine angemessene Vergütung für uns Pflegestudierende, sonst steht die so wichtige Akademisierung der Pflege bald vor dem Aus“, mahnen die Pflegestudierenden der „Task Force Pflege Bachelor“ in einem offenen Brief an die Politik. Ähnlich warnen Studierende der BTU Cottbus-Senftenberg. Der Deutsche Pflegerat unterstützt diese Hilferufe seit langem – stößt aber bislang leider in der Politik auf taube Ohren. Für Pflegestudierende wird ein tragfähiges Finanzierungsmodell benötigt, sonst kommt die so wichtige Akademisierung der Pflege nur schwer voran. Die Task Force fordert richtigerweise die gleiche Vergütung wie sie Auszubildende zur Pflegefachperson und Studierende eines Hebammenstudiums erhalten.

Zusammen mit der Dekanekonferenz, der Deutschen Gesellschaft für Pflegewissenschaft und den Landeskammern hat der Deutsche Pflegerat nunmehr erneut u.a. die entsprechenden Bundesministerien angeschrieben und auf die weiterhin prekäre finanzielle Situation bei den primär qualifizierenden Pflegestudiengängen an den deutschen Hochschulen hingewiesen.

Das Pflegeberufegesetz und die Finanzierungsverordnung müssen sofort geändert werden. Praktische Studienzeiten müssen für die Studierenden der Pflege finanziert werden, analog zur Finanzierung der Praktika im Rahmen des Hebammengesetzes. Ohne eine kurzfristige Änderung wird es sonst in Kürze keine akademischen Studiengänge zur/zum Pflegefachfrau und -mann mehr geben. Die halbherzige Verfolgung des Wegs akademischer Pflegequalifizierung muss ein Ende haben!

**Irene Maier**  
Vize-Präsidentin des Deutschen Pflegerats

## Forderungen des DPR für die Koalitionsverhandlungen

# Messlatte sind Arbeitsbedingungen

Woran werden wir die Bundesregierung in den nächsten vier Jahren messen? Antwort darauf geben die „Forderungen des Deutschen Pflegerats für die Koalitionsverhandlungen“, die den Parteien der neuen Ampelkoalition zugesandt wurden.

**E**ines muss den neuen Koalitionären von Beginn an klar sein: Die Messlatte für eine erfolgreiche Regierungspolitik wird vor allem die Verbesserung der Arbeitsbedingungen der Profession Pflege sein. Das Ergebnis der zu Beginn der Koalitionsverhandlungen stehenden Sondierungen war hierzu dürftig.

### Pflege und Klima als Megathemen

„Die Pflege ist neben der Klimakrise das Megathema der 20er-Jahre. Wir steuern sehenden Auges auf eine humanitäre Pflege-Katastrophe zu. Die Profession ist am Limit. Die Koalitionsverhandlungen haben hoffentlich die Profession Pflege

in den Mittelpunkt gestellt, Lösungen für sie geliefert und für eine schnelle Umsetzung gesorgt“, mahnt Christine Vogler, Präsidentin des DPR.

„Die davor stattgefundenen Sondierungen hatten zu einigen Überschriften für Themen geführt, die SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP angehen wollen. Was fehlt, sind die Brückenpfeiler sowie der rote Faden einer gut durchdachten und sofort wirksamen Pflege- und Gesundheitspolitik, um gezielt für die Profession Pflege, Vertrauen und Zuversicht aufzubauen. Dieses Fehlen von Konkretisierungen ist im höchsten Maße alarmierend. Es ist zu hoffen, dass die Koalitionsverhandlungen in die Tie-

fe gegangen sind und der Profession Pflege konkret eine nachhaltige Zukunft aufzeigen. Die Profession muss in allen sie betreffenden Bereichen gestärkt werden. Der bereits eingetretene Pflegenotstand, der die gesundheitliche Versorgung der Bevölkerung in höchstem Maße gefährdet, muss verlangsamt werden. Ihm muss mit den richtigen Maßnahmen entgegengetreten werden – bevor es für eine qualifizierte pflegerische Versorgung zu spät ist.“

Vogler betont: „Insgesamt muss aus Sicht des Deutschen Pflegerats das Pflegesystem in Gänze auf den Prüfstand. Das System muss den Bedürfnissen angepasst werden. Und dies ohne Zeit zu vergeuden, die wir nicht mehr haben. Die Erwartungen der Profession Pflege an die neue Koalition sind groß. Die Ergebnisse der Sondierungen reichen für einen Aufwärtstrend für die Profession Pflege nicht aus. Der auch von der künftigen Koalition gewollte Fortschritt benötigt mehr und bessere Inhalte.“

### Forderungspapier des DPR

Der Deutsche Pflegerat hat für die Koalitionsverhandlungen vier Kernforderungen zur Sicherung der pflegerischen Versorgung der Bevölkerung formuliert:

- Pflegende brauchen bessere Arbeitsbedingungen. Das bedeutet mehr Personal.
- Es braucht eine Deckelung der finanziellen Eigenanteile der Pflegebedürftigen und eine finanzielle Stärkung der Profession Pflege.
- Es braucht erweiterte Kompetenzen für Pflegende, verbunden mit mehr autonomen und legitimierten Handeln in allen ihren Versorgungssettings.
- Es braucht die Selbstverwaltung und die damit verbundene zentrale Stellung in den sie betreffenden bundes- und landespolitischen Gremien.



Die Profession muss in allen sie betreffenden Bereichen gestärkt werden, lautet eine Forderung, abrufbar unter [deutscher-pflegerat.de](http://deutscher-pflegerat.de) (Rubrik Positionen)

[deutscher-pflegerat.de](http://deutscher-pflegerat.de)

## DPR ist Erstunterzeichner

# Appell für ein gutes Gesundheitssystem

„Der Mythos, Deutschland habe eines der besten Gesundheitssysteme der Welt, soll Wirklichkeit werden: Mehr als 200.000 vermeidbare Todesfälle pro Jahr sind zu viel“, appellieren Verbände und Einzelpersonen an die Politik. Der DPR ist einer der Erstunterzeichner.

Unser Gesundheitssystem entspricht nicht mehr dem Stand der Wissenschaft und den neuen Herausforderungen dieser Zeit. Dessen Mängel kosten Menschenleben – jedes Jahr mehr als 200.000. Bei vielen Erkrankungen besteht großes Potenzial, die Sterblichkeit zu senken, heißt es im Appell. Weiter: Deutschland ist im europäischen Vergleich bei den Ressourcen und den Kosten der Gesundheitsversorgung Spitzenreiter, bei der Leistung aber nur Mittelklasse. Ein breites Bündnis von Betroffenen, Angehörigen, Pflegenden, Ärzten, Forschenden, Akteuren im Gesundheitssystem und Mitgliedern der Zivilgesellschaft wendet sich daher mit konkreten Vorschlägen zu Reforminhalten an die Verantwortlichen der Koalitionsverhandlungen. Besondere Zielsetzungen sind dabei die Verbesserung der Patientensicherheit und der Infektionsschutz. Um diese zu erreichen, sind weitreichende Reformen erforderlich.

### Dreiklang in der Ausrichtung nötig

Klar sein müsse, dass eine konsequente Ausrichtung an Patientensicherheit, Qualitätssicherung und Mitarbeiterzufriedenheit der einzige Weg ist, um die Finanzierbarkeit des Systems mit dem im Grundgesetz verankerten Auftrag in Einklang zu bringen. Ohne diese Ausrichtung werden die durch den demografischen Wandel und die Fortschritte der Medizin bedingten Kosten für das Gesundheitssystem nicht finanzierbar sein oder die Leistungsfähigkeit des Gesundheitssystems muss zu Lasten des sozialen Friedens eingeschränkt werden.

### Reformpunkte angehen

Die Unterzeichner fordern deshalb die Regierung dringend auf, folgende Punkte im Gesundheitssystem zu reformieren

(Auszug):

- Die ökonomische Fehlsteuerung und die damit verbundenen Qualitätsmängel und Kostensteigerungen müssen korrigiert werden.
- Die Attraktivität der Arbeit im Gesundheitssystem muss erheblich verbessert werden.
- Die Mehrheitsverhältnisse in den Organen der Selbstverwaltung des Gesundheitssystems sind zu reformieren.
- Der Gesetzgeber muss dringend verbindliche Qualitätssicherungsmaßnahmen einführen.
- Zur Reduktion der Sterblichkeit bei verschiedenen Erkrankungen muss die Behandlung in spezialisierten Behandlungszentren konzentriert werden.
- Die Digitalisierung (e-Health) muss endlich auch in Deutschland ausgebaut werden.
- Bestehende Empfehlungen der WHO müssen Teil einer nationalen Infektionsmanagementstrategie werden.
- Die Gesundheitskompetenz der breiten Bevölkerung muss gestärkt werden.
- Von schweren Erkrankungen und deren Langzeitfolgen Betroffene sind zu unterstützen.
- Die Potentiale der Prävention müssen stärker ausgeschöpft und zugänglich gemacht werden.
- Bürokratische und strukturelle Barrieren für die patientenorientierte Forschung müssen abgebaut werden.“

Der DPR steht den Regierungsvertretern bei der Erarbeitung konkreter Lösungen auf Anfrage beratend zur Seite.

[gesundheitsreform.jetzt](https://gesundheitsreform.jetzt)

## NEWS

### Digitalisierung der Pflege

Der Deutsche Pflegerat ist Teil eines sieben Verbände umfassenden Bündnisses, welches sich für eine stärkere „Digitalisierung in der Pflege“ einsetzt. Die kommende Regierung müsse „einen Wandel anstoßen“ und die Digitalisierung in der Pflege „entschieden vorantreiben. Diese biete eine „große Chance sowohl für die Entlastung von Pflegekräften als auch für eine bessere Versorgung“, heißt es in einer Mitteilung des Bündnisses.

Formuliert wurden vier Empfehlungen für einen künftigen Koalitionsvertrag:

1. Einrichten eines Kompetenzzentrums Digitale Pflege
2. Erstellen eines Nationalen Strategieplans „Digitalisierung in der Pflege“
3. Digitale Teilhabe ermöglichen und assistive Technologien fördern
4. Digitalisierungskosten refinanzieren

[deutscher-pflegerat.de](https://deutscher-pflegerat.de)

### Booster-Impfung für alle

Die Lage ist nach wie vor ernst – so lautet die Einschätzung der 94. Gesundheitsministerkonferenz (GMK). In einer Erklärung vom 5. November fordern die Minister\*innen und Senator\*innen für Gesundheit der Länder, dass Maßnahmen getroffen werden, um die Corona-Pandemie bekämpfen zu können. Der Schutz vulnerabler Gruppen genießt demnach höchste Priorität. Die Maßnahmen müssten vor allem die Ungeimpften in den Blick nehmen und Zugangsbeschränkungen und Nachweis- und Kontrollpflichten u.a. in Pflegeheimen vorsehen. Abhängig vom regionalen Infektionsgeschehen soll der Zugang zu bestimmten Bereichen auf Geimpfte und Genesene (2G) beschränkt werden können. Die AHA-Regelungen müssen durchgesetzt werden.

[bundesgesundheitsministerium.de](https://bundesgesundheitsministerium.de)

NEWS

**Impfgerechtigkeit sicherstellen**

Laut dem International Council of Nurses (ICN) sind in neun afrikanischen Ländern nur 10% der Beschäftigten im Gesundheitswesen vollständig gegen das Corona-Virus geimpft. Rund ein Drittel haben überhaupt keine Impfstoffe erhalten, rund 55% haben eine Dosis erhalten (Anfang Oktober 2020).

„Die Impfung in Afrika gegen das Corona-Virus muss beschleunigt werden“, fordert Christine Vogler, Präsidentin des Deutschen Pflgerats (DPR): „Es geht um eine Gesundheits- und Menschenrechtskrise. Die Pandemiebekämpfung darf nicht an den Grenzen von Ländern und Kontinenten haltmachen. Der Deutsche Pflgerat fordert, dass für jede Impfdosis in Europa automatisch eine Dosis für Afrika bereitgestellt wird. Das wäre weltweite Gerechtigkeit, beschleunigt die Durchimpfung und schützt die Betroffenen.“

Auch Pflegende in Afrika müssen umfassend vor der Corona-Infektion geschützt werden. Ohne eine große, weltweite Durchimpfung bekommen wir die Pandemie nicht in den Griff und können damit weltweit keinen vollständigen Schutz des pflegerischen und medizinischen Personals erwirken. Und solange dies nicht eintritt, wird die Pandemie für uns alle nicht vorbei sein.“

[deutscher-pflegerat.de](http://deutscher-pflegerat.de)

**Impressum**

**Herausgeber:** Deutscher Pflgerat (DPR) Bundesarbeitsgemeinschaft Pflege- und Hebammenwesen

Inhalt: Christine Vogler (verantwortlich)  
Alt-Moabit 91, 10559 Berlin  
(„Haus der Gesundheitsberufe“)  
Tel.: 030 398 77 303; Fax 030 398 77 304  
[www.deutscher-pflegerat.de](http://www.deutscher-pflegerat.de)

„Pflege Positionen“ – Der offizielle Newsletter des DPR erscheint in Kooperation mit HEILBERUFE.

**Verlag:** Springer Medizin Verlag GmbH  
Heidelberger Platz 3, 14197 Berlin  
Tel.: 030 827875500, Fax: 030 827875505

**Chefredakteurin:** Katja Kupfer-Geißler  
Heidelberger Platz 3, 14197 Berlin  
Tel.: 030 82787 5500, Fax: 030 82787 5505  
[www.springerpflege.de](http://www.springerpflege.de)

Rückblick Deutscher Pflgetag

**Neustart jetzt**

„Es fehlen 200.000 Pflegekräfte. Stellen sind für 240 Tage unbesetzt und bis 2040 erwarten wir 1 Million mehr Pflegebedürftige.“ Das sei die Ausgangslage, der sich Pflege und Politik stellen müsse, so DPR-Präsidentin Christine Vogler auf dem Deutschen Pflgetag 2021.

In Berlin betont Vogler: „Mit dem heutigen Gesundheitssystem sind diese und weitere Herausforderung nicht mehr zu bewältigen. Benötigt werden mehr finanzielle und personelle Ressourcen – in allen Bereichen. Die politisch falsch gestellten Weichen müssen dringend korrigiert werden. Die Profession Pflege wurde systematisch in ihre Einzelteile zerlegt. Es fehlt der rote Faden für die Profession.“

Für Vogler geht es dabei u.a. um die nicht angemessene Bezahlung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Pflege (Forderung: 4.000 Euro Einstiegsgehalt für Pflegefachpersonen, deutliche Anhebung der Löhne in allen pflegerischen Sektoren, Work-Life-Balance finanziell ausgleichen), die Arbeitsbedingungen (Anspruch: wir müssen die Mitarbeiter in der Pflege halten) sowie um den fehlenden Einfluss der Profession in die sie betreffenden Entscheidungen (Forderung: vollwertiges Mitglied im Gemeinsamen Bundesausschuss, stärkere berufsständische Vertretung).

„Die neue Bundesregierung muss die Profession Pflege stärker unterstützen. Wir brauchen politisches Handeln, jetzt!“, betonte Vogler weiter. Eine Abfuhr erhielten von ihr die von der bisherigen Regierung geplanten Modell- und Forschungsaufträge für einen besseren Einbezug und Abstimmung der Pflegeberufe in die gesundheitliche Versorgung. Alle Fakten für die Kompetenzerweiterung (Neuordnung, Bündelung der Arbeitsfelder und Qualifikationen) der Pflegeberufe liegen auf dem Tisch. „Weitere Studien sind nicht nötig. Setzen Sie die Erkenntnisse endlich um“, wandte sie sich an die Politik wie auch die Kas-

sen- und Ärzterevertreter im Bund und in den Ländern.

**Einheitliche Assistenz Ausbildung**

Benötigt werde eine bundesweit einheitliche Pflegeassistenz Ausbildung, die dem europäischen Standard einer Ausbildungszeit von zwei Jahren entspreche. Die derzeitigen Unterschiede der Länder in der „Helferausbildung“ seien nicht hinnehmbar. Die Bildung, so die DPR-Präsidentin, „muss neu gedacht werden“. Die Konkurrenz von Bund und Ländern „ist nicht zielführend“.

Wenig zuversichtlich zeigte sich Vogler hinsichtlich der Ergebnisse der Konzentrierten Aktion Pflege. „Diese werden nicht die gewünschte Wirkung entfalten, da nicht über den Horizont hinausgedacht worden sei. Wir brauchen umsetzbare Visionen. Diese hat die KAP nicht geliefert“. Jede Entscheidung zur Pflege und Gesundheit müsse darauf geprüft werden, ob sie den Bedürftigen und den Pflegekräften diene oder nur strukturbedingt umgesetzt werde, wies Vogler weiter hin.

Sie fordert, das Gesamtsystem der Pflege und Gesundheit infrage zu stellen. „Wir haben es heute noch in der Hand, die richtigen Dinge zu tun, um Patientensicherheit, Arbeitsbedingungen und Qualität auf Dauer sicherstellen zu können.“ Hierzu erforderlich sei jedoch eine schnelle Umsetzung der Lösungen. Die letzte Legislaturperiode – mit ihren rund 40 Gesetzen zur Profession Pflege – habe gezeigt, dass diese nur bedingt Verbesserungen für die Profession gebracht haben. „Wir brauchen einen Neustart.“

[deutscher-pflegerat.de](http://deutscher-pflegerat.de)